



NEWSLETTER 03/2015

FORUM | MIGRATION



© Minerva Studio – Fotolia.com

Aus Angst vor dem „Unterschied“

Bewerber mit Migrationshintergrund haben es schwer, eine Lehrstelle zu finden. Nach einer neuen Studie der BertelsmannStiftung gaben 58,9 Prozent der aktiven Ausbildungsbetriebe an, noch nie einem Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine Lehrstelle gegeben zu haben. Nur etwa jeder siebte Ausbildungsbetrieb hat das getan.

Als Grund gaben drei Viertel der Unternehmen an, keine Bewerbungen von diesen Jugendlichen zu erhalten. Die Studienautoren halten diese Begründung für wenig plausibel. Andere Befragungen hätten ergeben, dass gerade diese Jugendlichen sich bei besonders vielen Betrieben bewerben. Bei 38 % der Unternehmen spielt die Sorge vor Sprachbarrieren eine Rolle bei der Azubi-Auswahl. Nach Meinung der von Bertelsmann beauftragten Forscher ist dies unbegründet: „Wer einen mittleren Schulabschluss hat, dürfte in der Regel keine großen Sprachprobleme mitbringen“, sagte Claudia Burkard von der Bertelsmann-Stiftung. 14,7 % der Unternehmen fürchten, die „kulturellen Unterschiede“ seien zu groß und könnten das Betriebsklima belasten. Fast genauso viele sahen ihren Betrieb auf solche Unter-

schiede „nicht vorbereitet“. Schlechtere Leistungen der Bewerber befürchten dagegen nur 9,1 %. Die 70.000 Betriebe (15 %), die zum Befragungszeitpunkt Azubis mit Migrationshintergrund beschäftigten, zeigten sich indes größtenteils zufrieden mit diesen. 75,3 % dieser Unternehmen betrachten es als selbstverständlich solche Jugendlichen einzustellen und bilden diese nach eigenen Angaben erfolgreich aus. Für sie sei bei der Auswahl der Bewerber weniger die Herkunft entscheidend, sondern dass die jungen Menschen zuverlässig seien und eine hohe Leistungsbereitschaft mitbrächten. Für die Studie wurden insgesamt 1.011 ausbildungsberechtigte Betriebe befragt. Davon gelten 699 Unternehmen als ausbildungsaktiv, weil sie derzeit ausbilden oder dies in den vergangenen fünf Jahren getan haben. Derzeit gibt es bundesweit rund 450.000 Ausbildungsbetriebe. Jeder vierte Jugendliche in Deutschland hat einen Migrationshintergrund, ein Drittel der Abgänger mit mittlerem Schulabschluss und ausländischen Wurzeln findet keine Lehrstelle.



Handlungsempfehlungen der Qualifizierungsinitiative für
Migrantinnen und Migranten im Handwerk:
www.qualifizieren-im-handwerk.de

INHALT 03/2015

Aus Angst vor dem „Unterschied“	1
Einwanderungsgesetz entzweit Regierungslager	2
„Appelle alleine reichen nicht“	2
Lohnbetrug bei slowenischen Facharbeitern	2
Ausländische Studierende	2
Sprachtests bei Türken nicht zulässig	3
Jobeinstieg: Hilfe für Flüchtlinge	3
News + Termine	3
Es geht um unsere Zukunft – Kommentar von Erdogan Kaya, Vorsitzender Bundesmigrationaus- schuss Ver.di	4



Einwanderungsgesetz entzweit Regierungslager

Opposition, SPD und Teile der Union wollen Zuwanderung aus Drittstaaten ermöglichen. Der Rest der Union sieht hingegen keinen Bedarf für ein Einwanderungsgesetz.

Das DGB Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach wies dies zurück. „Die gestiegene Zahl der Zuwanderer ist längst noch kein Zeichen einer Willkommenskultur“, so Buntenbach. Angesichts von mehr als 50 verschiedenen Aufenthaltstiteln fehle es an Klarheit und Transparenz. Ein modernes Einwanderungsgesetz dürfe nicht nur neue Formen der Abschottung festschreiben, sagte Buntenbach. Es müsse denjenigen, die nach Deutschland kommen, „Rechte und Möglichkeiten“ bieten, „Teil der Gesellschaft zu sein“. Im Januar hatte der CDU-General-

sekretär Peter Tauber die Debatte angestoßen. „Wenn wir eine Zuwanderung wollen, die nicht nur arbeitsmarktoptimiert ist, nicht nur temporär, dann müssen wir auch über ein Einwanderungsgesetz reden“, sagte er. „CDU und CSU im Bundestag sehen hier keinen Handlungsbedarf, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer Michael Grosse-Brömer (CDU). Die SPD hingegen unterstützt Taubers Vorschlag.

„Appelle alleine reichen nicht“

Dr. Mona Granato forscht am Bundesinstitut für Berufsbildung. Die Ergebnisse der Bertelsmann-Studie überraschen sie nicht.

Forum Migration: Entspricht der Befund der Studie Ihren Erfahrungen?

Mona Granato: Ja, auch das BIBB-Qualifizierungspanel hat ergeben, dass 2011 etwa jeder achte Ausbildungsbetrieb Jugendliche mit Migrationshintergrund ausbildete. Seitdem hat sich die Bereitschaft von Betrieben, Jugendliche mit Migrationshintergrund auszubilden nicht wirklich geändert – trotz des Wandels auf dem Ausbildungsmarkt. Die wenigen Betriebe mit Erfahrung in der Ausbildung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund sind mit ihren Auszubildenden zumeist zufrieden. Unternehmen ohne migrantische Auszubildende sind ambivalent: Zwar bescheinigen sie in Befragungen oftmals, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund geeignete Kandidaten für eine Ausbildung seien – laden sie aber selten zu einem Bewerbungsgespräch ein und stellen sie noch seltener als Auszubildende ein. Viele Betriebe scheinen unsicher, ob es ihnen gelingt Jugendliche mit einem Migrationshintergrund erfolgreich auszubilden.

Ist solchen Betrieben überhaupt mit Kampagnen und Aufrufen beizukommen?

Nein, durch Kampagnen oder Aufrufe ändert sich wenig daran. Plakative Appelle der Wirtschaftsverbände selbst, wie des Handwerks „Der Meister der Zukunft ist Türke“ haben keinen erheblichen Anstieg an

Auszubildenden mit Migrationshintergrund bewirkt.

Welche Strategien können da helfen?

Die Mehrheit der Unternehmen braucht laut der Studie Unterstützung. Externe Ansprechpartner sind für Betriebe in schwierigen Ausbildungssituationen sehr wichtig. Ein weiterer Ansatzpunkt ist, ausbildungswillige Jugendliche – gerade bei einem Migrationshintergrund – und ausbildungsinteressierte Betriebe bereits früh zusammenzubringen, sei es über Paten, Mentoring oder externes Ausbildungsmanagement. Auch Betriebsräte und Mitarbeitervertretungen sind hier gefragt. Haben Jugendliche mit Migrationshintergrund erst einmal einen Ausbildungsplatz, sind sie – bei vergleichbaren Ausbildungsbedingungen – ebenso erfolgreich.

Lohnbetrug bei slowenischen Facharbeitern

Ein bayrischer Elektrotechnik-Hersteller hat einen slowenischen Subunternehmer wegen mutmaßlich gefälschter Mindestlohnbescheinigungen angezeigt. Der soll versucht haben, überhöhte Zahlungen zu erschleichen. Geschädigt wurden nicht nur die bayrische Firma, sondern auch slowenische Facharbeiter. Den entscheidenden Hin-

weis gab die DGB Beratungsstelle Faire Mobilität.

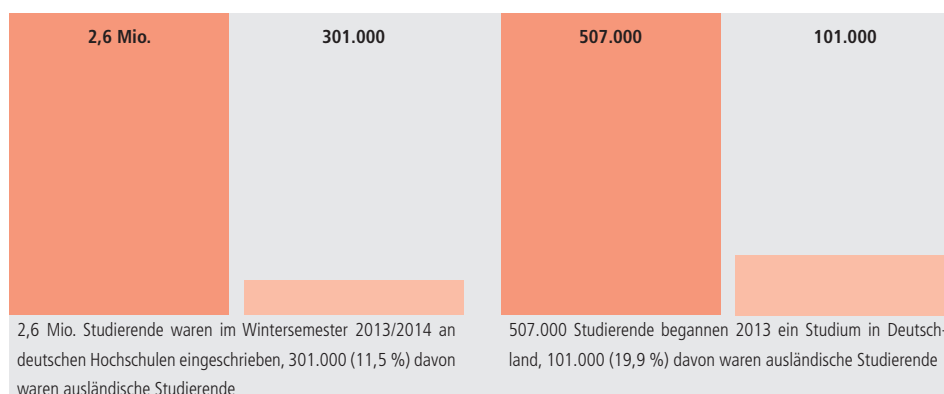
Die wurde 2014 darauf aufmerksam gemacht, dass Mitarbeiter eines slowenischen Subunternehmers an zwei Baustellen keine Lohnzahlungen oder nicht den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn erhalten hatten. Bei einer Überprüfung in Zusammenarbeit mit

dem DGB stellte sich neben anderen Unregelmäßigkeiten heraus, dass der Subunternehmer manipulierte Mindestlohnbescheinigungen übergeben hatte. Das Generalunternehmen zahlte daraufhin nach eigenen Angaben freiwillig die fehlenden Löhne an die Arbeiter.

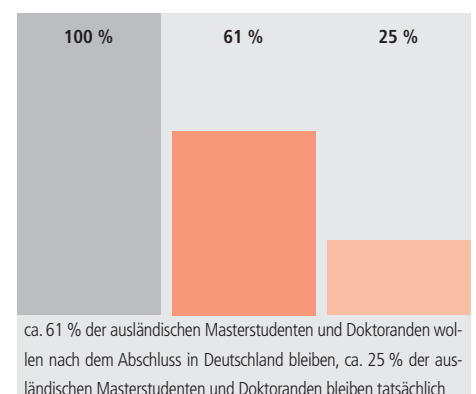
www.faire-mobilitaet.de

Ausländische Studierende

Mehr kommen ...



... wenige bleiben





Sprachtests bei Türken nicht zulässig

Türken, die ihren Ehepartnern nach Deutschland folgen, müssen nicht Deutsch sprechen können. Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hat entschieden, dass für den Ehegatten-Nachzug kein Nachweis von Deutschkenntnissen erforderlich ist.

Der Europäische Gerichtshof hatte bereits im Juli

2014 geurteilt, dass der geforderte Sprachnachweis gegen ein altes Assoziierungsabkommen mit der Türkei verstößt. Die Bundesregierung setzte das Urteil jedoch nicht um. Mit Erlass des Auswärtigen Amtes vom 4. August 2014 wurde geregelt, dass auch in diesen Fällen weiterhin Sprachnachweise zu erbringen seien. Lediglich in Härtefällen könnten Ausnahmen gemacht werden. Für Angehörige ande-

rer Nationalitäten besteht die Sprachtest-Regelung ohnehin fort. In § 30 des Aufenthaltsgesetzes heißt es nach wie vor: „Dem Ehegatten eines Ausländers ist eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wenn (...) er sich zumindest auf einfache Art in deutscher Sprache verständigen kann.“ Die SPD und Opposition wollen den Passus kippen, die Union beharrt auf den Deutschtests.

Jobeinstieg: Hilfe für Flüchtlinge

Das „Early Intervention“-Projekt von Bundesagentur für Arbeit und Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wird ausgeweitet. Ab dem 1. März nehmen die Agentur für Arbeit Hannover und die BAMF-Außenstelle Braunschweig als achter Standort an dem Projekt teil.

Das 2014 gestartete Programm soll besonders geeignete Asylbewerber frühzeitig an reguläre Arbeit heranführen und dazu fördern. Das BAMF sucht gezielt Neu-Antragsteller mit einer voraussichtlich hohen Bleibeperspektive in Deutschland. Danach erfragt die

Arbeitsagentur per Selbstauskunft die Kompetenzen der Flüchtlinge – etwa Beruf, Abschlüsse und Lebenslauf.

Nach einem Erstgespräch entscheidet die Vermittlungsfachkraft über die Teilnahme am Projekt. Die Projektteilnehmer werden schließlich in den regulären Vermittlungsprozess einbezogen, flankierend stehen Betreuungsangebote lokaler Bleibernetzwerke zur Verfügung. In den ersten Monaten wurden 270 Asylbewerber, vor allem Syrer, Iraker und Afghanen betreut und beraten. „Das ist kein humanitäres Projekt“, sagte der Chef der Hamburger Arbeitsagentur, Sönke Fock, gegenüber der tageszei-

tung. „Es soll erkannt werden, welches Potenzial und welche Qualifikation in dem Menschen vorhanden sind, damit diese Person auf dem deutschen Arbeitsmarkt verwertet werden kann.“



© chagin – Fotolia.com

News + Termine

EKD: Kirchenasyl ist nicht mit Scharia zu vergleichen

Die Evangelische Kirche (EKD) wehrt sich gegen die Kritik von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) am Kirchenasyl. „Das Kirchenasyl ist eine gute humanitäre Tradition in unserem Land“, sagte der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm. Er wies insbesondere de Maizières umstrittenen Scharia-Vergleich zurück. Der Innenminister hatte im Zusammenhang mit dem Kirchenasyl gesagt, auch die Scharia als „eine Art Gesetz für Muslime“ dürfe nicht über deutschen Gesetzen stehen. Zuvor hatte er sich „prinzipiell und fundamental“ gegen den kirchlichen Flüchtlingsschutz gewandt. Er warf den Kirchen vor, sich damit über geltendes Recht hinwegzusetzen. Hintergrund des Streits ist die stark steigende Zahl der Kirchenasyle. Mitte Februar gab es etwa 200 Fälle mit 359 Personen, darunter 109 Kinder.

www.kirchenasyl.de

Angriffe auf Flüchtlinge und Unterkünfte vervierfacht

Nach Zählung der Amadeu-Antonio-Stiftung und von Pro Asyl gab es im Jahr 2014 insgesamt 153 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und 77 tätliche Angriffe auf Flüchtlinge. Damit vervierfachte sich

rechte Gewalt im Vergleich zum Vorjahr. 2013 gab es laut Bundeskriminalamt 58 solcher Gewalt- und Propagandadelikte, 2012 wurden 24 politisch motivierte Delikte gegen Flüchtlinge erfasst.

Neue Broschüre der Amadeu-Antonio-Stiftung: Willkommenskultur selber machen – Handreichung für lokale Asylarbeit: <http://bit.ly/17eDD1t>

Wider den Hass aus der Mitte – Aufruf zum Internationalen Tag gegen Rassismus

Angesichts der wachsenden Zahl fremdenfeindlicher Übergriffe ruft der Interkulturelle Rat zur Beteiligung am UN-Tag gegen Rassismus am 21. März auf. „Populisten, Rechtsextremisten und rassistische Demonstrationen schüren Ängste und Hass gegen Flüchtlinge, Muslime, Roma, Juden und andere Minderheiten“ heißt es in dem Aufruf. Diese menschenfeindliche Stimmungsmache sei „keine Randerscheinung und kommt auch aus der Mitte der Gesellschaft“.

www.interkultureller-rat.de

Schweiz: SVP hetzte gegen Kosovaren – Volksentscheid wird angefochten

Gegen den Schweizer Volksentscheid für eine Begrenzung der Zuwanderung ist vor dem obersten

Gericht in Bern Klage erhoben worden. Die Abstimmung soll durch eine rassistische Parole beeinflusst worden sein. Die national-konservative Schweizerische Volkspartei hatte mit dem Text „Kosovaren schlitten Schweizer auf!“ für ihre Initiative „gegen die Masseneinwanderung“ geworben. Sie war knapp mit 50,3 Prozent angenommen worden und verpflichtet die Regierung, bis 2017 Kontingente für Zuwanderer festzulegen – darunter auch für EU-Bürger. Die EU sieht darin einen Verstoß gegen die mit der Schweiz vereinbarte Personenfreizügigkeit. Sie droht mit der Kündigung bilateraler Abkommen.

Mentorenausbildung für Grundbildung und Alphabetisierung in der Arbeitswelt

Hessen/Raum Frankfurt
Teil I 20. bis 21. März 2015
Teil II 27. bis 28. März 2015

Baden-Württemberg/Stuttgart
Teil I 17. bis 18. April 2015
Teil II 24. bis 25. April 2015

Bayern
Teil I 24. bis 25. April 2015
Teil II 08. bis 09. Mai 2015

Infos und Anmeldung: www.dgb-mento.de



Es geht um unsere Zukunft

© Erdogan Kaya



Kommentar von Erdogan Kaya, Vorsitzender Bundesmigrationausschuss Ver.di

Die jüngste Untersuchung der BertelsmannStiftung stellt noch einmal heraus, was seit Jahren bekannt ist: Nur jeder fünfte Betrieb in Deutschland bildet überhaupt noch aus – und die, die es tun, sortieren BewerberInnen mit Migrationshintergrund bei der Lehrstellenvergabe aus. Viele dieser Jugendlichen bleiben allein aufgrund ihres Namens ohne Berufsausbildung. Die Erklärungen der Betriebe dafür sind fadenscheinig, die Konsequenzen für die Jugendlichen fatal: Sie laufen deshalb Gefahr, dauerhaft in Einkommensarmut und Sozialleistungsabhängigkeit zu rutschen. Und das ist keineswegs auf besonders schlecht qualifizierte Jugendliche beschränkt: SchülerInnen mit Migrationshintergrund machen immer häufiger Abitur, haben aber nach wie vor deutlich schlechtere Aussichten auf eine Einladung zu einem Bewerbungsgespräch. VertreterInnen von Gewerkschaften und Migrantenorganisationen machen die Verantwortlichen seit Jahren auf diese Situation aufmerksam. Sie üben Druck aus, fordern zum Handeln auf – doch bislang leider vergebens.

Die Zahlen machen klar, vor welcher Verantwortung wir stehen. Viel Zeit bleibt nicht. In vielen privaten und staatlichen Unternehmen ist der Altersdurchschnitt hoch. In den nächsten zehn Jahren werden

hunderttausende Kolleginnen und Kollegen in den Ruhestand gehen. Der demografische Wandel stellt Betriebe vor große Herausforderungen. Und schon heute klagen viele Unternehmen, dass ihnen Fachkräfte fehlen. Der Fehlbedarf liegt im sechsstelligen Bereich. Gleichzeitig leisten die Unternehmen sich den zweifelhaften Luxus, nichts dagegen zu tun, dass ein Drittel der Abgänger mit mittlerem Schulabschluss und ausländischen Wurzeln keine Lehrstelle findet.

Das Ziel muss sein: Möglichst niemand soll die Schule ohne einen Schulabschluss verlassen, möglichst alle danach eine Ausbildung machen können. Das wird nicht ohne eine gemeinsame, konzertierte Anstrengung von Bundes- und Landesregierungen, Gewerkschaften, Sozialverbänden und Arbeitgeberverbänden zu haben sein. Sie müssen gemeinsam Antworten auf die Frage finden, weshalb betriebliche Diskriminierung sich immer wieder reproduziert – und was Unternehmen tun können, um Auszubildende mit Migrationshintergrund besser partizipieren zu lassen und besser zu integrieren.

Es bedeutet aber auch: Wir müssen Geld in die Hand nehmen, in die Jugend investieren. Qualifizierung und Förderung, eine gute Schulbildung für alle, gibt es nicht umsonst. Dazu gehört die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen aus einkommens-

schwachen und bildungsfernen Haushalten in Schulen und Ausbildungszentren.

Schließlich muss endlich die Ausbildungsgarantie kommen. Diese steht im Koalitionsvertrag, ihre Umsetzung ist nicht in Sicht. Wir brauchen Verbindlichkeit, und zwar per Gesetz. Die Ausbildungsgarantie muss einen Rechtsanspruch auf eine vollqualifizierende Ausbildung umfassen. Nur so lassen sich lange Warteschleifen im Übergangssystem verhindern. Denn diese bedeuten für viele Jugendliche letztlich verlorene Zeit. Ein Berufsabschluss kann im Übergangsbereich nicht erworben werden.

Es geht dabei um viel mehr als bloß den Fachkräftemangel. Ein Ausbildungsplatz, die Übernahme nach der Ausbildung und eine Arbeit, von der man leben kann, sind der beste Weg zur Integration. Die Anschläge in Paris und Kopenhagen haben in erschreckender Weise gezeigt, wozu es führen kann, wenn Integration scheitert. Nur Menschen ohne eine Perspektive sind für radikale Parolen und Gedanken empfänglich. Es ist kein Zufall, dass rechte und andere radikale Organisationen genau diese Gruppe ansprechen. Dem müssen wir entgegentreten, indem wir unsere Jugend gewinnen. Wir müssen sie für die Zukunft, für die großen Herausforderungen, vor denen sie stehen werden fit machen – egal woher sie kommen oder zu welchem Gott sie beten. Das sichert letztlich unser aller Zukunft.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Leo Monz
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideaal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 99
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

Metallbranche: Mehr Möglichkeiten zur Weiterbildung

Nach dem Tarifabschluss von IG Metall und Südwestmetall haben Beschäftigte nicht nur einen Anspruch auf Freistellung für Bildung, sondern auch auf finanzielle Förderung der Maßnahme. Unter anderem ist auf Antrag des Arbeitnehmers eine Bildungsteilzeit von bis zu sieben Jahren, etwa für einen Bachelor-

Abschluss möglich. Weiterhin gibt es einen Anspruch auf Ausscheiden wegen persönlicher Weiterbildung mit Wiedereinstellung, auch in Teilzeit. Die Qualifikationsbedarfe von An- und Ungelernten sollen deutlicher berücksichtigt werden. Das Tarifergebnis sei „ein wichtiger Schritt zur Gestaltung der Arbeitswelt“, sagte der IG Metall Vorsitzende Detlef Wetzel. Die Finanzierung und der Anspruch auf Weiterbildung müsse bundesweit gelten.

GEFÖRDERT DURCH

